

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

46 (4.3.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittig. Durch die Post 1.65 auszüglich 45 Dpf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsverträgen angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 4. März 1950

Nr. 46

Saarkonvention unterzeichnet

Autonomie der Saarregierung — Wirtschaftsunion mit Frankreich — Verpachtung der Saargruben auf 50 Jahre

Paris (UP). Der saarländische Ministerpräsident, Johannes Hoffmann, und der französische Außenminister, Robert Schuman, unterzeichneten am Freitag im französischen Außenministerium fünf Konventionen, die zwischen den Regierungen Frankreichs und des Saarlandes abgeschlossen wurden.

Durch eine der Konventionen wird Frankreich das Recht eingeräumt, die Kohlenbergwerke des Saarlandes auf 50 Jahre zu pachten, vorausgesetzt, daß durch einen Friedensvertrag das Besitztum der Saarregierung an den Gruben anerkannt wird. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums erklärte, daß Frankreich seine Besitzansprüche auf die Saargruben aufgeben werde. Der Sprecher deutete an, daß die französische Regierung bei Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag die Besitzansprüche der Saarregierung auf die Saargruben unterstützen und gegenüber den deutschen Besitzansprüchen verteidigen werde.

Die einzelnen Konventionen

betreffen folgende Angelegenheiten:

1. Allgemeine Bestimmungen, wonach die Autonomie der Saarregierung festgelegt wird und ihre Rechte auf den Gebieten der Verwaltung, der Gesetzgebung und der Rechtsprechung definiert werden.

2. Regelung der Wirtschaftsunion zwischen Frankreich und dem Saarland. Darin ist der freie Güterverkehr zwischen den beiden Gebieten und die Abschaffung aller diskriminierenden Handelspraktiken vorgesehen.

3. Die Verpachtung der Saargruben und nähere Bestimmungen dazu.

4. Die Gründung einer unabhängigen saarländischen Eisenbahn, in deren Verwaltung Frankreich gleichberechtigtes und stimmberechtigtes Mitglied wird. Die französischen Staatsbahnen werden in dieser Konvention verpflichtet, die Saarbahn technisch zu unterstützen.

5. Eine Vereinbarung, wodurch die Bürger beider Territorien in dem jeweiligen anderen Gebiet die gleichen Rechte genießen sollen.

Durch das Pachtabkommen über die Saargruben übernimmt Frankreich die Verantwortung für den Betrieb der Bergwerke. Delegierte der Saar sitzen in zwei beratenden Körperschaften zusammen mit französischen Beauftragten und erhalten ein Mitspracherecht bei der Leitung der Gruben. Frankreich hat sich bereit erklärt, 30 Franc für jede geförderte Tonne Saarkohle an das Saargebiet zu zahlen und zwar unabhängig davon, ob die Bergwerke einen Gewinn erzielen oder nicht.

Das Abkommen über die Saargruben dürfte ein Kompromiß zwischen den ursprünglichen französischen Forderungen auf eine bedingungslose Verpachtung der Bergwerke für 50 Jahre und den anglo-amerikanischen Vorstellungen darstellen, daß diese Frage erst durch den Friedensvertrag endgültig geregelt werden sollte.

Eine Saar-Mission mit diplomatischem Status wird in Paris errichtet. Von französischen Außenministerium wurde erklärt, daß Delegierte des Saargebietes zu einigen französischen Konsulaten zugelassen werden sollten, um die wirtschaftlichen Interessen der Saar zu wahren.

An die Stelle des bisherigen Hohen Kommissars Frankreichs an der Saar tritt eine französische Mission, die diplomatischen Status genießt. Sie besitzt Vollmachten, bei der Saarregierung zu intervenieren, um die Zoll- und Wirtschaftsunion zwischen beiden Ländern zu schützen, sie übernimmt ferner die Verpflichtungen Frankreichs zur außenpolitischen Repräsentation der Saar und zur Wahrung der äußeren Sicherheit des Saargebietes.

Empörung und Besorgnis in Bonn

Die erste Reaktion auf die Bekanntgabe des Pariser Saarvertrages in Bonn bewegt sich zwischen „heiler Empörung“ und „tiefer Besorgnis“. Die Mehrzahl der Abgeordneten will zunächst den Text des Vertrages vorgelegt bekommen.

Dr. Heinrich von Brentano, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, erklärte hierzu, daß die Frage einer Sonderregierung zunächst vom außenpolitischen Ausschuss geprüft werden müsse. Dazu sei die Vorlage des genauen Wortlauts des Vertragstextes erforderlich. Nach seinen Informationen, sagte Brentano, sei die ganze Regelung einer endgültigen Bestätigung durch den Friedensvertrag unterworfen. Eine außenpolitische Debatte im Bundestag müsse daher besonders unter den Aspekten einer europäischen Verständigung sehr sorgfältig vorbereitet werden.

Storch: Frankreich kann nicht über Saargruben verfügen
Bundesarbeitsminister Anton Storch erklärte zu dem Saarvertrag: Nach dem Grund-

gesetz sind die Saargruben Bundes Eigentum. „Es ist daher völlig ausgeschlossen, daß die französische Regierung darüber verfügen kann.“

Auch Justizminister Dr. Thomas Dehler sagte, daß der Saarvertrag „unvereinbar mit den Grundsätzen des Völker-, Staats- und Privatrechts“ sei.

Schumacher: Europagedanke torpediert

Dr. Kurt Schumacher erklärte, die Konvention Frankreich mit der Saarregierung sei eine Torpedierung des europäischen Gedankens durch Frankreich. „So werden wir nicht nach Straßburg gehen.“ Wenn die Franzosen jede deutsch-französische Verständigung, jede europäische Kooperation auf Spiel setzen wollen, so müssen sie wissen, was sie tun und ihre Politik vor den Völkern Europas verantworten. „Die Saar-Regierung ist nicht ermächtigt, über die Saargruben zu verfügen“ sie hat deutsches Eigentum in fremde Hände gegeben.

Es sei nun Aufgabe aller deutschen Politiker, sagte Dr. Schumacher abschließend, der ganzen Völkern und vor allem der Bundesregierung, die Konsequenzen aus dieser expansiven nationalstaatlichen Politik Frankreichs an der Saar zu ziehen.

Britische Stellungnahme

London (ZSH). Amtlich wurde in London erklärt, das Pariser Abkommen enthalte nach oberflächlicher Prüfung anscheinend keinen Punkt, der den deutschen Friedensvertrag belasten könnte. Eine britische Stellungnahme gegen das Abkommen sei nicht zu erwarten, da Großbritannien und die Vereinigten Staaten die Autonomie der Saargebietes bereits anerkannt hätten.

In einer anderen amtlichen Erklärung heißt es, Frankreich habe das Saarabkommen unterzeichnet, ohne Großbritannien vorher davon zu verständigen. Großbritannien habe keine vollständigen Informationen über den Vertrag erhalten.

Schuman: Saarverträge ein „Friedenswerk“

Der französische Außenminister Robert Schuman nannte die in Paris paraphierten Saar-Konventionen „ein Werk des Friedens“; sie würden sich für die Saar und Frankreich als „nützlich und fruchtbar“ erweisen. „Ich hoffe, daß jedermann innerhalb und außerhalb Frankreichs die Bedeutung dieser Abmachungen versteht und von ihnen befriedigt sein wird.“

Der saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann nannte die Abmachungen „eine gute Arbeit“. Über verschiedene Punkte sei in weitgehendem Maße diskutiert worden. Die Verhandlungen hätten jedoch den guten Willen auf beiden Seiten gezeigt.

Senkung der Einkommensteuer

Bonn (ZSH). Der Bundestag hat am Freitagabend nach dritter Lesung das Gesetz zur Senkung der Einkommensteuer angenommen. Es erfüllt nur einige kleine Änderungen, die schon in der zweiten Lesung beschlossen worden waren.

Hedler holt Dänen und Treibstoffmarken

Der frühere DP-Abgeordnete W. Hedler tauchte für wenige Minuten im Bundesthau auf, um seine Abgeordneten-Berichte und seine Treibstoffmarken in Empfang zu nehmen. Hedler begab sich anschließend sofort wieder in seinen Kraftwagen und fuhr in unbekannter Richtung fort. Er hat den Plenarsaal des Bundesthau nicht betreten.

Verfassungsschutzgesetz verabschiedet

Die Bundesregierung verabschiedete am Freitag den Entwurf eines Verfassungsschutzgesetzes. Das Gesetz sieht vor, die Abwehr von Angriffen auf die verfassungsmäßige Ordnung rechtzeitig vorzubereiten. Eine Zentralstelle soll als Bundesoberbehörde alle Anträge, Nachrichten und Unterlagen über verfassungswidrige Umtriebe sammeln.

Wie verlautet, soll das neue „Bundesamt für Verfassungsschutz“ keine Weisungsbefugnis an die Länder und keine Exekutive haben. Als Leiter ist dem Vernehmen nach Otto Behnke vorgesehen.

Die Antwort der Bundesregierung auf das alliierte Wirtschaftsmemorandum

Bonn (ZSH). Die Antwort der deutschen Bundesregierung auf das alliierte Wirtschaftsmemorandum ist am Freitagabend in Bonn veröffentlicht worden. Die Bundesregierung stellt fest, daß sie ihre gesamte Wirtschaftspolitik vom ersten Tage ihrer Amtstätigkeit an darauf abgestimmt habe, die außergewöhnlichen strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit durch besondere Maßnahmen zu beheben. Das Kabinett habe einen Angriff gegen die Arbeitslosigkeit damit begonnen, daß es trotz der angespannten finanziellen Lage ein großzügiges Wohnungsbauprogramm aufgestellt habe.

Zu dem Vorwurf der alliierten Wirtschafts-

Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat fraglich

Bonn (UP). Der Deutschland-Union-Dienst der CDU/CSU wirft in einem vielbeachteten Kommentar zum Saarvertrag die Frage auf, ob sich unter den gegebenen Umständen noch eine Mehrheit im Bundestag für den Beitritt Deutschlands zum Europarat finden lasse.

Unterrichtete Kreise wollen erfahren haben, daß der Bundeskanzler wesentliche Teile dieses Kommentars „inspiriert“ habe.

Bundeskanzler Dr. Adenauer will am Sonntagabend vorzeitig vor der Presse zu dem Vertragsabluß Stellung nehmen.

Hochkommissar François-Poncet hat dem Vernehmen nach auch seine beiden Amtskollegen — Hochkommissare McCloy und Robertson — von dem Inhalt des Abkommens in Kenntnis gesetzt.

Sondersitzung wegen Saar-Abkommen?

Bonn (ZSH). Der Deutsche Bundestag wird voraussichtlich in der nächsten Woche in einer Sondersitzung zu dem Saar-Abkommen Stellung nehmen, das in Paris unterzeichnet wurde. Bundeskanzler Dr. Adenauer wird vermutlich eine Regierungserklärung abgeben, die eine Debatte folgen soll.

Bonn (UP). Auf der Donnerstag-Sitzung des Bundestages wurde noch ein SPD-Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der im Raume Bonn vergebenen Aufträge, nach kurzer Besprechung einstimmig angenommen.

Außerdem beschloß der Haushaltsausschuß des Bundestages, den Vertrag mit dem Pächter des Pariserrestaurants ab 31. März nicht mehr zu erneuern. Man rechnet damit, daß das Parlament sein Restaurant in eigener Regie übernimmt. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der den gesamten Verpflegungskomplex überprüft.

Seuffert erhält Einspruch

In der Freitag-Sitzung erhob der SPD-Abgeordnete Dr. Seuffert Einspruch gegen seinen Ausschluß von der 41. Sitzung des Bundestages durch Präsident Dr. Köhler. Er war am 24. Februar vom Präsidenten für die Dauer eines Sitzungstages ausgeschlossen worden, weil er der Regierung angeblich vorgeworfen hatte, daß sie nicht den „deutschen Namen“ repräsentiere.

Mit 200 gegen 138 Stimmen stellte damit das Plenum des Bundestages fest, daß sein Ausschluß zu unrecht erfolgt sei.

Saar-Abkommen

der Bundesregierung übermittelt

Bonn (UP). Die französische Hochkommission hat dem Bundeskanzler am Ersuchen den Wortlaut des französisch-saarländischen Vertrages übermittelt.

Friedensindustrie für Watenstedt-Salzgitter

Britische Behörden wohlwollend

Hannover (ZSH). Der britische Landeskommissar für Niedersachsen versicherte gestern nach einer Unterredung mit Ministerpräsident Kopf, der Plan der Bundesregierung in Watenstedt-Salzgitter eine Friedensindustrie aufzubauen, werde von den britischen Behörden wohlwollend begrüßt. Die britischen Behörden hätten eingesehen, daß die Arbeitslosigkeit im Notstandsgebiet Watenstedt-Salzgitter auf keinen Fall weiter steigen dürfe. Wie Ministerpräsident Kopf nach der Aussprache erklärte, sollen die Gebäude, die für Friedensindustrie gebraucht werden können, vorerst nicht abgebaut werden.

Adenauer für Reform des politischen Lebens

Bonn (ZSH). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich in einem Interview für eine durchgreifende Reform des politischen Lebens ausgesprochen. Als eines der wichtigsten Mittel zu dieser Reform bezeichnet der Bundeskanzler die Einführung der Mehrheitswahl im Bund und in den Ländern. Darüber hinaus müßten Doppelmandate abgeschafft werden. Dr. Adenauer forderte ferner, daß die Zahl der Ausschüsse des Bundestages und des Bundesrats eingeschränkt wird. Die gesetzgebenden Organe des Bundes seien bereits überbürokratisiert.

Europa und die Welt

Ein politischer Rückblick auf den Monat Februar

Noch zitterte die Erregung in den Seelen von Millionen Menschen über die Anordnung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß mit der Arbeit an der Wasserstoffbombe begonnen werden solle, als Senator Brian McMahon, der Vorsitzende des gemeinsamen Atomenergie-Ausschusses des Senats und Repräsentantenhauses die Forderung aussprach, das Wettstreit durch einen „Welt-Marschall-Plan“ zu beenden. Brian McMahon schlug vor, die Vereinigten Staaten sollen ihre Rüstungsausgaben um zwei Drittel beschränken und die daraus frei werdenden zehn bis zwölf Milliarden Dollar für den wirtschaftlichen Aufbau aller Staaten in der Welt, einschließlich der Sowjetunion und für die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke benutzen. Die übrigen Staaten der Welt müßten sich dafür verpflichten, sowohl in der Abrüstung als auch in der Verwendung der so ersparten Gelder das Gleiche zu tun.

Brian Mahons Rede wurde von vielen seiner Kollegen mit Begeisterung aufgenommen. Das war verständlich, denn es war unterdessen klar geworden, daß die ungeheuren Energien, die bei der Spaltung eines schweren Wasserstoff-Atoms frei werden, nur zerstörerischen, nie jedoch friedlich-aufbauenden Zwecken nutzbar gemacht werden können.

Es muß festgestellt werden, daß Brian McMahon „mit keineswegs der öffentlichen Meinung der freien demokratischen Welt voreinstimmte. Im Gegenteil, er sprach Millionen Menschen aus dem Herzen.“

Es war jedoch ebenso unvermeidlich, daß der amerikanische Außenminister Acheson am 8. Februar die Himmelstürmer zur Erde zurückholte, indem er betonte, daß McMahon zwar die höchst erstrebenswerten Ziele dargestellt und den Friedenswillen des amerikanischen Volkes und seiner Regierung bewiesen habe, daß jedoch die Mittel zur Erreichung dieser Ziele leider nicht zur Verfügung ständen.

Fast gleichzeitig damit erfuhr die Welt mit Entsetzen, daß ein Atomwissenschaftler deutscher Herkunft, der in England und den Vereinigten Staaten an der Erzeugung der ersten Atombombe maßgeblich beteiligt war, wichtige Geheimnisse an die Sowjetunion verraten hatte, wodurch die Sowjets zweifellos in die Lage versetzt wurden, ihre Forschungsarbeiten am gleichen Objekt um Jahre zu verkürzen. Darüberhinaus ist zu befürchten, daß dieser Mann auch einige Informationen über die wissenschaftlichen Grundlagen der Spaltung des schweren Wasserstoffatoms als falsch verstandenen Idealismus an die Herren des Kreml weitergab.

Schien es, als ob mit Präsident Trumans Auftrag, die Arbeit an der Wasserstoff-Atombombe fortzusetzen, das Übergewicht der USA auf militärischem Gebiet wieder hergestellt werden würde, so haben auf politischem Gebiet die Entwicklungen im Fernen Osten den kommunistischen Kräften mächtig Auftrieb gegeben und das Gleichgewicht der politischen Faktoren nicht nur für diesen Raum, sondern für die gesamte Welt, grundlegend gestört. — Die verzweifelten Bemühungen der ehemaligen kolonialen Mächte, dieser Sachlage durch die Anerkennung der usurpatorischen de facto Regierungen der fernöstlichen Staaten Rechnung zu tragen, beleuchtet schlaglichtartig den Prestigeverlust der einst so stolzen europäischen Imperialen Mächte und ihrer wagemutigen Vertreter, die erst als Piraten, dann als Kaufleute und schließlich als Staatsmänner die Zivilisation und zu einem gewissen Grade auch die Kultur des Abendlandes in die durch Kastengeist (Indien) oder bewußte Isolation (China, Japan, Tibet) stagnierenden Länder gebracht haben. Nun da Indien, dank Mahatma Gandhi und der staatsmännischen Klugheit britischer Politiker, frei geworden ist, stehen sich Indien und Pakistan als feindliche Brüder gegenüber, und es scheint, daß nach den Jahrhundertern der Pax Britannica diese beiden Staaten im Krieg das letzte Mittel zur Lösung ihrer politischen Probleme sehen.

An dem Tage, an dem in Bangkok die Konferenz der amerikanischen Fernostdiplomaten

Lesen Sie heute auf Seite 6

Heimat = Nachrichten

Samstag Ebert-Peter in Ettlingen

Die Eltern sprechen mit

Aus dem Räucherstrauk auf den Ländchen

Holzlieb für Wasserwerk in Malsch

